

## **Prager Appell für eine Erneuerung der Demokratie**

*Am 26. Mai in Prag adoptiert*

Die freiheitliche Demokratie ist bedroht und alle, die sie schätzen, müssen sich für ihre Verteidigung einsetzen.

Die Demokratie ist von außen bedroht durch despotische Regime in Russland, China und anderen Ländern, welche die Repression im Inneren verschärfen und ihre Macht global ausdehnen, indem sie das Vakuum füllen, das durch die schwindende Macht, den schwindenden Einfluss und das schwindende Selbstvertrauen der etablierten Demokratien hinterlassen wird. Die Autokratien benutzen traditionelle Mittel harter Machtausübung, aber auch neue soziale Medien und ein wachsendes Arsenal „weicher“ Machtinstrumente, um eine post-demokratische Weltordnung zu schaffen, in der die Normen der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit durch das Prinzip der absoluten staatlichen Souveränität ersetzt werden.

Auch von innen ist die Demokratie bedroht. In der Türkei, Ungarn, den Philippinen, Venezuela und anderen geschwächten Demokratien nimmt der Illiberalismus zu. Und auch in anderen Ländern – selbst in etablierten Demokratien – ist die Unterstützung der liberalen Demokratie in den letzten Jahren zurückgegangen, vor allem bei jüngeren Menschen, die sich nicht an die Kämpfe gegen den Totalitarismus erinnern. Der Glaube an demokratische Institutionen ist seit einiger Zeit rückläufig, da die Regierungen offenbar nicht in der Lage sind, die komplexen neuen Herausforderungen der Globalisierung zu meistern, politische Prozesse zunehmend sklerotisch und dysfunktional erscheinen und die Bürokratien nationaler wie auch globaler Institutionen abgehoben und erdrückend wirken. Die Schwierigkeiten werden verschärft, da terroristische Gewalt ein Klima der Angst geschaffen hat, das von Despoten und Demagogen benutzt wird, um autoritäre Macht und Freiheitseinschränkungen zu rechtfertigen.

Solche Probleme haben eine weitverbreitete Angst und Feindseligkeit gegenüber den politischen Eliten sowie Zynismus gegenüber der Demokratie ausgelöst – Gefühle, die den Aufstieg systemfeindlicher politischer Bewegungen und Parteien beflügelt haben. Diese Gefühle wiederum wurden durch autoritäre Desinformation geschürt und entflammt, die zunehmend in den medialen Raum der Demokratien vordringt. Die jüngste Untersuchung der Stiftung Freedom House zeigt, dass politische Rechte und bürgerliche Freiheiten in den letzten elf Jahren im Abnehmen begriffen sind. In diesem Jahr dominierten etablierte Demokratien in der Liste derjenigen Länder, die Rückschläge in den Freiheitsrechten erlitten haben.

Diese Faktoren – der geopolitische Rückzug des Westens, das Wiederaufleben autoritärer politischer Kräfte, die Aushöhlung des Glaubens an demokratische Werte und der Verlust des Vertrauens in die Effizienz demokratischer Institutionen – haben zu einem historischen Stillstand des demokratischen Fortschritts geführt und es droht eine mögliche „Gegenwelle“ demokratischer Zusammenbrüche. Die Anhänger der Demokratie müssen sich zusammenschließen, um diesen Rückzug zu stoppen und eine neue Koalition für die moralische, intellektuelle und politische Erneuerung der Demokratie zu organisieren.

Ausgangspunkt einer neuen Demokratiebewegung ist eine erneute Bekräftigung der Grundprinzipien, welche die Ausbreitung der modernen Demokratie seit ihrer Entstehung vor mehr als zwei Jahrhunderten beflügelt haben. Diese Grundsätze wurzeln im Glauben an die Würde des Menschen und in der Überzeugung, dass die liberale Demokratie dasjenige politische System ist, welches diese Würde am besten schützen und gedeihen lassen kann. Zu diesen Grundsätzen gehören grundlegende Menschenrechte wie die Meinungs-, Vereinigungs- und Religionsfreiheit, politischer und sozialer Pluralismus, die Existenz einer

lebendigen Zivilgesellschaft, welche die Bürger an der Basis stärkt, die regelmäßige Wahl von Regierungsvertretern durch einen wirklich freien, fairen, offenen und wettbewerbsorientierten Prozess, umfassende, über die Wahlen hinausreichende Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger, damit sie ihre Anliegen zum Ausdruck bringen können, Transparenz und Rechenschaftspflicht der Regierung, die sowohl durch strenge Kontrolle und Ausgeglichenheit im Verfassungssystem als auch durch zivilgesellschaftliche Kontrolle gewährleistet werden, eine starke, durch eine unabhängige Justiz gewährleistete Rechtsstaatlichkeit, eine korruptionsfreie, auf Chancengleichheit beruhende Marktwirtschaft sowie eine demokratische Kultur der Toleranz, des Anstands und der Gewaltlosigkeit.

Diese Prinzipien werden heute nicht nur von Apologeten des Antiliberalismus und der Fremdenfeindlichkeit in Frage gestellt, sondern auch von relativistischen Intellektuellen, die prinzipiell bestreiten, dass irgendeine Regierungsform als überlegen verteidigt werden könne. Obgleich die Demokratie häufig als westliche Idee betrachtet wird, sind ihre glühendsten Verteidiger heutzutage Menschen in nicht-westlichen Gesellschaften, die trotz gewaltiger Widerstände weiterhin für demokratische Freiheiten kämpfen. Ihre Kämpfe bestätigen die Universalität der demokratischen Idee und ihr Beispiel kann dazu beitragen, dass in den etablierten Demokratien der Welt eine neue demokratische Überzeugung entsteht.

Trotz ihres inneren Wertes kann das Überleben der Demokratie nur dann gesichert werden, wenn sie ihre Fähigkeit unter Beweis stellt, die Gesellschaften bei der Bewältigung der Herausforderungen einer sich wandelnden und instabilen Welt zu unterstützen. Wir erkennen die tiefe Besorgnis und Unsicherheit großer Teile der demokratischen Gesellschaften an und glauben, dass die Demokratie nur dann stark sein kann, wenn niemand zurückgelassen wird.

Die Demokratie verkörpert zwar universelle Werte, aber sie existiert in einem konkreten nationalen Kontext, den Vaclav Havel als die „intellektuellen, spirituellen und kulturellen Traditionen“ bezeichnete, „die ihr Substanz und Sinn verleihen“. Die Idee einer demokratischen Staatsbürgerschaft, die in solchen Traditionen verwurzelt ist, muss gestärkt werden. Wir dürfen sie in einer Zeit der Globalisierung nicht verkümmern lassen. Die nationale Identität ist zu wichtig, als dass man sie der Manipulation von Despoten und demagogischen Populisten überlassen sollte.

Die Verteidigung demokratischer Werte ist kein Luxus und kein rein idealistisches Unterfangen. Sie ist eine Voraussetzung für menschenwürdige, integrative Gesellschaften, ein Rahmen für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt für die Menschen in der ganzen Welt und Grundlage für die Bewahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

Eine neue Koalition für demokratische Erneuerung wird als moralischer und intellektueller Katalysator für die Wiederbelebung der demokratischen Idee dienen. Ziel ist es, das intellektuelle und kulturelle Klima durch einen prinzipienfesten, informierten und leidenschaftlichen Kampf der Ideen zu verändern, die Demokratie gegen ihre Kritiker zu verteidigen, die vermittelnden Institutionen und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen zu stärken und überzeugende Argumente für eine liberale Demokratie zu schaffen, welche den Kurs der öffentlichen Debatte prägen können. Es wird auch notwendig sein, gegen die autoritären Gegner der Demokratie in die Offensive zu gehen, indem man Solidarität mit jenen mutigen Menschen bekundet, die für demokratische Freiheiten kämpfen, und indem man die Verbrechen von Kleptokraten aufdeckt, die ihr eigenes Volk berauben und unterdrücken, die politische und historische Daten verfälschen und versuchen, etablierte Demokratien zu spalten und zu diffamieren.

Die Koalition böte zudem ein breites, interaktives Forum für den Gedankenaustausch über die besten Wege der Auseinandersetzung mit den komplexen neuen Herausforderungen der

Demokratie wie z. B. dem stagnierenden oder sinkenden Lebensstandard vieler Bürger, den Gegenreaktionen auf die verstärkte Zuwanderung, dem Aufstieg „postfaktischer Politik“ im Zeitalter der sozialen Medien und der erodierenden Unterstützung für die liberale Demokratie. Eine solche globale Plattform würde auch effektive Formen des Engagements für eine Wiederbelebung des Glaubens an die Wirksamkeit demokratischer Institutionen unterstützen und fördern.

Es gibt keine Entschuldigung dafür, zu schweigen oder untätig zu bleiben. Wir dürfen uns nicht einer Illusion von Sicherheit hingeben, wenn die Demokratie in Gefahr ist. Die gegenwärtige Krise bietet engagierten Demokraten die Möglichkeit, sich zu mobilisieren – diese Möglichkeit müssen wir nutzen.